

Biozentrum: Grossrat konfrontiert Regierung mit Fragekatalog

Oliver Thommen von den Grünen ist mit der Stellungnahme zum Bericht der Untersuchungskommission gar nicht glücklich.

Andreas Möckli

Grossrat Oliver Thommen ist mit der Basler Regierung gar nicht zufrieden. Der Grünen-Politiker ärgert sich über die Antwort der Exekutive auf den Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Neubau des Biozentrums. Anhand von weit über 30 Fragen bekundet Thommen seinen Unmut.

Anlass der Kritik des PUK-Mitglieds ist die Art und Weise

der regierungsrätlichen Kommunikation. Diese entschied sich, ihre Stellungnahme zum PUK-Bericht einen Tag vor der Debatte im Grossen Rat zu verschicken und dann während dieser vorzulesen (die bz berichtete). Oliver Thommen hätte sich gewünscht, dass die Differenzen zwischen der PUK und der Regierung im Vorfeld bereinigt worden wären. Im Anschluss wäre so die Stellungnahme dem Bericht der Untersuchungskommission an-

gefügt worden und hätte damit in die Debatte im Grossen Rat fliessen können.

Eine weitere inhaltliche Stellungnahme oder Diskussion zu den Voten im Parlament habe daher nicht stattgefunden, was Thommen bedauert. Der Grüne fürchtet, dass die knappe Stellungnahme der Regierung und entsprechende mediale Aussagen die umfangreichen Vorhaltungen der Untersuchungskommission nicht ausreichend beantworteten.

Thommen will nun von der Regierung etwa wissen, weshalb diese sich nicht während des rechtlichen Gehörs mit den Vorwürfen der PUK auseinandergesetzt habe. Schliesslich weise der Regierungsrat in seiner Stellungnahme viele Feststellungen zurück oder erkläre sie als falsch.

Der Grossrat fragt die Regierung zudem, wann sie mit der Ausarbeitung der Stellungnahme begonnen habe und welche Einheiten innerhalb der Verwal-

tung involviert gewesen seien. Thommen interessieren auch die Kosten, die im Zusammenhang mit der Kommunikationsberatung für die Stellungnahme entstanden sind.

Regierung verheddert sich in Widersprüche

Thommen verweist auch auf Widersprüche der Regierung. So habe diese in ihrer Stellungnahme festgehalten, dass die öffentliche Debatte zu einer parlamentarischen Untersuchung nicht

über Medienkonferenzen geführt werden soll. Gleichzeitig habe der Regierungsrat seine eigene Analyse an einer Medienkonferenz Ende September vorgelegt.

Schliesslich will Thommen von der Regierung detailliert wissen, weshalb er einzelne Kritikpunkte der PUK zurückweist. Dabei geht es ihm etwa um die mangelnde Planung und Projektorganisation, das Pflichtenheft des Lenkungsausschusses sowie diverse Finanzierungsfragen.